

Ökologie & EUROPA

2
2021

Magazin zur politischen Arbeit von Manuela Ripa –
Europaabgeordnete der Ökologisch-Demokratischen Partei



**Irreführende Werbung gefährdet
die Gesundheit**

Seite 3

Mehr Kreislaufwirtschaft wagen

Seite 10

Volksinitiative gegen Flächenfraß

Seite 14



© Manuela Ripa

Liebe Leserin und lieber Leser!

Mehr als sieben von zehn Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland setzen auf nachhaltigere Produkte. Sie wollen mit ihrem Konsum weniger Abfall hinterlassen. Das ist das Ergebnis einer Studie der Unternehmensberatung *Capgemini*. Sie untersuchte, wie weit wir auf dem Weg in eine Kreislauf-Ökonomie bereits gekommen sind – mit ziemlich ernüchterndem Ergebnis: Die Unternehmen rennen ihrem Anspruch, Wirtschaft in Kreisläufen zu denken und Produkte anzubieten, die Ressourcen schonen und möglichst weder CO₂ noch Müll erzeugen, hinterher.

Wie es anders gehen kann, zeigen wir gemeinsam mit Prof. Dr. Michael Braungart. Sein Cradle-to-Cradle-Konzept setzt auf intelligente Verschwendung – nach dem Vorbild der Natur.

Genauso ernüchternd, wie die oben zitierte Studie, war für mich auch, als die EU-Kommission dem Sonderausschuss für Krebsbekämpfung, in dem ich mitberate, einen Plan zur Eindämmung dieser Krankheit vorlegte. Der Plan der Kommission ist in einigen Bereichen gelungen, jedoch ist besonders im Bereich der Krebsvorsorge noch viel Luft nach oben. Denn Jahr um Jahr erliegen immer noch 1,3 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger dieser Krankheit.

Ich denke, hier brauchen wir konsequentere Regulierungen: Vor allem müssen wir die Werbung für ungesunde Lebensmittel, die etwa Kinder ins Visier nimmt, verbieten und den Zucker-, Salz- und Fettgehalt von Lebensmitteln insgesamt reduzieren. Wir müssen Stoffe wie Pestizide oder manche Inhaltsstoffe aus

Kleidung, Kinderspielzeug oder Kosmetika verbannen – oder sie zumindest strikter kontrollieren. Denn diese Chemikalien können Krebs erzeugen.

Diesem zweiten Schwerpunkt widmen wir uns in der neuen Ausgabe von *Ökologie & Europa* ebenso wie der für die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz der Politik wichtigen Frage der Beteiligung all derer, für die wir uns als Politikerinnen und Politiker täglich engagieren. Denn klar ist: Nur wenn sich unsere Wählerinnen und Wähler ernst genommen fühlen und erkennen, dass wir uns um ihre Themen kümmern, schenken sie uns auch weiter ihr Vertrauen.

Dass dies so bleibt, dazu soll *Ökologie & Europa* beitragen. Ich hoffe, das gelingt mir auch mit dieser Ausgabe.

Ihre

Manuela Ripa

Manuela Ripa

Kontakt Manuela Ripa:

-  <https://manuela-ripa.eu/>
-  Facebook: @ripamanuela
-  Twitter: @RipaManuela
-  Instagram: @manuela.ripa

Vorsorge und Früherkennung sind der beste Schutz vor Krebs

Nur ein konsequentes Handeln gegen krebserregende Inhaltsstoffe in Lebensmitteln und Alltagsprodukten kann die Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern schützen. Darüber hinaus fordert Manuela Ripa bis zu einem Verbot solcher Stoffe wenigstens eine genauere Kennzeichnung dieser Produkte und eine bessere Aufklärung.

» von Gerd Pfitzenmaier

Süßes, sonst gibt's Saures!“ An Halloween gerieten im deutschen Herbst mancherorts Nachbarn in Streit. Nicht, weil die aus den USA importierte Maskerade immer mehr zum gespenstischen Kommerz verkommt – sie wollten schlicht verhindern, dass sich ihre Sprösslinge beim Zug von Haustür zu Haustür mit der Forderung nach Leckereien allzu ausgiebig die Taschen mit Zucker füllten. Zuviel Süßes kann Fehlernährung fördern – und krank machen. „Keine Süßigkeiten“, baten die besorgten Eltern auf Zetteln, die sie vorab an die Nachbarn verteilten. Stattdessen rieten sie, den Kindern lieber „Gesundes wie Trauben, Paprika-, Gurken-, Kohlrabi-Sticks oder Nüsse“ anzubieten. Ihr Verweis, beim abendlichen Grusel an die Gesundheit der Kinder zu denken, erschien einigen Nachbarn dann wohl doch zu übergriffig, berichtete ein [Nachrichtenmagazin](#) über den sogleich im Netz aufgekommenen Shitstorm.

Verbot von Werbung für Nahrung mit gesundheits-schädlichen Inhaltsstoffen

Auch unterm Weihnachtsbaum dürfte bald wieder ungesundes Essverhalten für Zoff sorgen: zu fett, zu süß – schlicht ungesund. Verbraucherschützer und Mediziner fordern nicht von ungefähr, die oft aggressive Werbung für krankmachende Lebensmittel strenger zu regulieren. Vor allem, wenn sie Comic-Helden wie Spongebob, Wickie oder Biene Maja vorschickt, um Kindern unge-

sunde Zutaten schmackhaft anzupreisen. Mit deren Hilfe verhökern sie Ungesundes und fördern damit immer öfter Fettleibigkeit, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder sogar die Abhängigkeit von Zucker.

Zucker ist ein Risikofaktor

Nahezu dreiviertel der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland wollen, dass davon weniger in unserer Nahrung steckt. Das ergab jüngst eine Umfrage des [Verbraucherzentrale Bundesverbands \(vzbv\)](#). Noch mehr (86 Prozent) wollen, dass sich die Politik um gesündere Lebensmittel kümmern soll. Manuela Ripa hat sich deshalb die korrekte Kennzeichnung von Produkten auf die Fahne ihrer Parlamentsarbeit geschrieben. Das gilt für Lebensmittel, die ungesunde



Inhaltsstoffe enthalten. Das gilt für Genussmittel – wie Alkohol oder Tabak. Und das gilt für Spielwaren, Kosmetika und Reinigungs- oder Pflegemittel sowie (Plastik-)Verpackungen. In allen können sich gefährliche Inhaltsstoffe verstecken. Nur allzu oft verbergen sich in Alltagsprodukten, die es in fast allen Haushalten

gibt, „gesundheitsschädliche und insbesondere krebs-erregende Stoffe“, beklagt die Europapolitikerin der ÖDP.

Ein Fakt, den auch eine Studie von *Foodwatch* unterstreicht: „Mehr als 85 Prozent der an Kinder beworbenen Lebensmittel sind ungesund.“ Sie verglich die Nährstoffzusammensetzung mit den Anforderungen der WHO. Ergebnis: 85,5 Prozent der Produkte „sind ungesund und enthalten zu viel Zucker, Fett und/oder Salz“, schreibt *Foodwatch*. Sie sollten nach Kriterien der UN-Gesundheitsexperten „eigentlich gar nicht erst an Kinder vermarktet werden“. Weder Politik noch Wirtschaft hätten, sagen die Verbraucherschützer, ihre Versprechungen für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Junkfood-Werbung gehalten.

Folge solch falscher Ernährung ist nicht zuletzt die Zunahme an Adipositas-Erkrankungen. Inzwischen sind 25 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen von Fettleibigkeit betroffen. Es gibt klare

„Mehr als 85 Prozent der an Kinder beworbenen Lebensmittel sind ungesund.“

wissenschaftliche Nachweise, dass Fettleibigkeit im Kindesalter später zu einem erhöhten Krebsrisiko führen kann. Dagegen schütze vor allem eine „möglichst bunte und vielfältige“ Ernährung, sagt die *Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE)*: „Die abwechslungsreiche Ernährung soll demnach möglichst viele pflanzliche Produkte, wie Getreide, Getreideprodukte, vor allem Vollkorn und Kartoffeln, enthalten.“

Auf der „Black List“ der ungesündesten Lebensmittel stehen dagegen neben Frittiertem, Fertiggebäck und Zucker – auch in Fruchtsäften(!) oder Müsli(!) – vor allem industriell verarbeitetes Fleisch. Wurst oder Convenience-Food stehen bei vielen Menschen zwar oben auf der Genuss-Skala, gelten unter Gesundheitsexpertinnen und -experten aber eher als No-Go. Studien belegen Zusammenhänge mit dem Verzehr solcher Fleischprodukte und dem Risiko einer Erkrankung an Darmkrebs, Diabetes Typ 2 und Herzleiden.

Neben dem Genuss von zu viel zucker- und fetthaltiger Lebensmittel lauern auch andere Alltagsgefahren: „Sogenannte ‚endokrine Disruptoren‘ wie beispielsweise Parabene stehen in direktem Zusammenhang mit der Ausbreitung hormoneller Krebse. Sie sind in unserem Alltag noch viel zu stark vertreten, wie etwa in Lebensmittelverpackungen. Sie sind außerdem an der Entstehung von Unfruchtbarkeit beteiligt. Es kann irreversible Folgen haben, wenn Kinder ihnen schon in

der embryonalen Entwicklung oder der Pubertät ausgesetzt sind.“

Krebs ist zweithäufigste Todesursache in Europa

Manuela Ripa weiß um die traurige Bilanz durch das unkontrollierte Nutzen dieser Gefahrstoffe: Im Jahr 2020 starben 1,3 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger an den Folgen einer Krebserkrankung. „Das sind ein Viertel aller Todesfälle“, schreibt die Europaabgeordnete über ihre Kenntnis der dramatischen Fakten, die sie als Mitglied im Sonderausschuss für Krebsbekämpfung des Europäischen Parlaments gewann: „Bösartige Tumore sind nach Erkrankungen des Herzkreislaufsystems die zweithäufigste Todesursache in der Union.“

Noch schlimmer: Krebs ist die häufigste Todesursache durch Krankheiten bei Kindern, die älter als ein Jahr alt sind. Dabei ist noch unklar, warum die Fallzahlen bei Kinderkrebs steigen. Die Risikofaktoren kann man bisher noch nicht ausreichend einschätzen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass in Zukunft weiter und verstärkt in diesem Bereich zu den Auslösern und den Risikofaktoren geforscht wird.

Im Sonderausschuss des Europaparlaments begrüßte Ripa daher, dass die Kommission Anfang 2021, kurz vor dem Weltkrebstag, den EU-Plan zur Krebsbekämpfung mit einem klaren Einsatz für die rechtzeitige Vorsorge vorlegte. Dennoch könne dieser Plan nur ein Anfang sein, ist Ripa ebenfalls überzeugt. „Bis das Verbot kommt, brauchen wir eine klare Kennzeichnung krebs-erregender Produkte“, forderte sie daher in ihrem Beitrag im Krebsausschuss: „Nur so können Verbraucherinnen und Verbraucher in der Lage sein, sich selbst zu schützen.“ Die EU-Abgeordnete der ÖDP wehrt sich damit insbesondere gegen Produkte, die fragliche Inhaltsstoffe enthalten. „Diese dürfen nicht als ‚sehr gut‘ gekennzeichnet werden, wie ich es kürzlich bei einer Kinderzahnpaste erlebt habe, die Parabene enthält.“

Krebsprävention rettet Menschenleben

Den Plan der EU-Kommission, solche Inhaltsstoffe künftig zu verbieten, lobt Ripa ausdrücklich. „Insbesondere hinsichtlich der Vermeidung von Umweltgiften“, sieht sie aber Nachbesserungsbedarf. Ins Visier nimmt sie dabei auch den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft. Die bedrohen – etwa durch Abdrift der Spritzmittel beim Ausbringen auf Äckern – auch die Anrainer der Felder.

Vorsorge und Früherkennung sind der beste Schutz vor Krebs, betont Ripa: „Sie können Menschenleben retten.“ Krebsvorsorge müsse allen Bürgerinnen und

„Krebsvorsorge muss allen Menschen in Europa gleichermaßen offenstehen.“

Bürgern in Europa gleichermaßen offenstehen, was bisher noch nicht der Fall sei.

„Darüber hinaus muss die EU grundsätzlich sicherstellen, dass alle Krebspatientinnen und -patienten in

Europa einen erschwinglichen und gleichberechtigten Zugang zu einer hochwertigen Krebsbehandlung erhalten. Insbesondere bei Krebsbehandlungen von Kindern gibt es dringenden Aufholbedarf! Denn die Zahl der Krebserkrankungen bei Kindern steigt, während die Heilungsraten stagnieren.“

Das Fazit, das Ripa zieht, ist deutlich: „Der europäische Plan zur Krebsbekämpfung muss einen besseren Datenaustausch unter den Mitgliedstaaten unterstützen und Sorge dafür tragen, dass der soziale Hintergrund von Patientinnen und Patienten nicht über eine gute oder schlechte Krebsbehandlung entscheidet!“

Comic-Helden dürfen nicht für ungesunde Kinderprodukte werben!

Als Mitglied des Sonderausschusses zur Krebsbekämpfung im Europäischen Parlament erfahre ich viel über diese Krankheit. Insbesondere die zunehmende Zahl an Krebserkrankungen bei Kindern bereitet mir große Sorgen. Krebs ist bei Kindern über einem Jahr die häufigste Todesursache durch Krankheiten. In Europa werden jedes Jahr 35.000 Fälle diagnostiziert.

Der Lebenswandel spielt eine entscheidende Rolle beim Krebsrisiko. Das ist bei Kindern nicht anders als bei Erwachsenen. Hier spielt insbesondere die Ernährung eine entscheidende Rolle. Es gibt immer mehr Kinder, die bereits in jungen Jahren stark über-

gewichtig sind. Fettleibigkeit jedoch ist ein Risikofaktor für Krebs. Daher ist es ein Skandal, dass die Industrie diesbezüglich immer noch schalten und walten kann, wie sie will, und die europäische Politik wegen des starken Lobbydrucks der Konzerne darauf verzichtet, die Lebensmittelkonzerne stärker zu regulieren.

Ein Beispiel für diese Praxis: Neulich entdeckte ich beim Einkauf eine Eispackung, auf der ein Comic-Löwe das Eis hält. Daneben stand in Großbuchstaben, dieses Produkt sei verantwortungsvoll für Kinder produziert. Beim Lesen der Zutatenliste fand ich dann sechs verschiedene Zuckersorten!

Solch irreführende Werbung dürfen wir der Industrie nicht mehr durchgehen lassen! Wir brauchen Werbebeschränkungen, um ungesunde Produkte vom Markt zu drängen.

Dafür brauchen wir klare europäische Vorgaben. Ungesunde Lebensmittel, die speziell auf Kinder zugeschnitten sind, dürfen gar nicht erst in den Handel kommen. Bis es so weit ist, brauchen wir eine klare Kennzeichnung: Nur so machen wir es Eltern möglich, dass sie beim Einkauf gar nicht erst in die Versuchung kommen, nach solchen Produkten zu greifen.

Manuela Ripa





Intelligente Verschwendung

Er provoziert gern. Er fasziniert seine Zuhörer immer wieder mit unkonventionellen Argumenten oder auf den Kopf gedrehten Ansichten scheinbar bekannter Fakten: So korrigiert Prof. Dr. Michael Braungart feste Überzeugungen und fesselt ein Auditorium – sei es im Hörsaal einer Universität, bei einer Buchlesung oder Diskussionen – mit seiner Sicht auf die Dinge: Sie verheißt verblüffende Erkenntnisse und „Produkte ohne schlechtes Gewissen“.

» von Gerd Pfitzenmaier

Michael Braungart überrascht mit Ideen. Der Chemieprofessor, einst *Greenpeace*-Aktivist, seit Jahrzehnten Unternehmer, Forscher, Berater und Inspirator, ist vor allem eines: ein Vordenker – um das arg ramponierte Wort vom „Querdenker“ nicht zu strapazieren. Seine Cradle-to-Cradle-Vision (C2C) ist inzwischen rund 30 Jahre „auf dem Markt“ – es ist die Beschreibung einer abfallfreien Kreislaufproduktion. Diese findet unter Produktproduzenten sowie Politikerinnen und Politikern immer mehr Anhänger.

Braungart möchte Produkte und Prozesse so entwickeln, dass Verschwendung kein Problem mehr ist. „Sie sollen komplett unschädlich sein für Mensch und Natur“, erläutert er. Mehr noch: Der Mensch soll mit dem, was er tut, nützlich sein für andere Stoffkreisläufe. „Seine Produkte sollen in Kreisläufen funktionieren, so dass es keinen unnützen Abfall, sondern nur noch

nützliche Rohstoffe gibt“, erklärt Michael Braungart das Prinzip [Cradle-to-Cradle](#) (Von der Wiege bis zur Wiege).

Kreislaufwirtschaft anders und neu denken

Dafür denkt Braungart Kreislaufwirtschaft anders. Und ganz neu. Er bricht mit dem Mantra der (Öko-)Effizienz. Stattdessen propagiert er die Effektivität als Leitmotiv seines Ansatzes. Sein Vor- und Sinnbild für diese neue Art Wirtschaft zu denken und umzusetzen, ist der Kirschaum: Dieser produziert jedes Frühjahr aufs Neue und im Überfluss Millionen weißer Blüten, die ganze Landschaften verzaubern. Die Pracht jedoch sinkt meist als Blatterschnee zu Boden – und verrottet. Nur wenige der Blüten reifen zu Früchten und erfreuen uns bei der Ernte mit süßen Kirschen.



Dennoch hinterlässt der Naturkreislauf – im Gegensatz zu menschlicher Produktion und unserem Konsum von Waren – keinen unbrauchbaren Müll. Er sondert nichts Unverwertbares aus. Er häuft weder Giftstoffe an, noch verschwendet er Ressourcen. Alles ist am Ende wieder Nahrung und stärkt als Humus den ewigen Zirkel des Gedeihens und Vergehens.

Intelligente Verschwendung: Wie in der Natur

„Intelligente Verschwendung“ heißt Braungarts Buch über Cradle-to-Cradle, auf Englisch: „The Upcycle“. Ex-US-Präsident Bill Clinton schwärmt, es sei „ein Buch über Kreativität“. Braungart zeige, dass man Probleme nur bewältigen kann, wenn man auch zum Handeln bereit ist“, schreibt Clinton. Seine Idee fordere uns auf, so Clinton im Vorwort, „Lösungen durch genaues

Beobachten, innovatives Denken und die Kenntnis der realen Bedingungen und Bedürfnisse zu finden“. Gemeinsam mit seinem Mitinitiator der Cradle-to-Cradle-Philosophie sowie Co-Autor, dem Architekten William McDonough, setzt Braungart auf Wirtschaftskreisläufe ohne Abfall. Alles eingesetzte Material muss so ausgesucht und die Dinge so konstruiert werden, dass sie am Ende ihres Gebrauchs „vollständig in neue Produkte übergehen“ können, schrieb die Zeitschrift *Brandeins* über die Kirschbaum-Ökonomie.

Nachhaltigkeit: Keine Frage der Reduktion des ökologischen Fußabdrucks

„Während die herkömmlichen Strategien der öko-effizienten Ansätze sich bemühen, die unbeabsichtigten negativen Konsequenzen von Produktions- und

Konsumprozessen unter quantitativen Aspekten zu reduzieren und zu minimieren, stellt der öko-effektive Ansatz einen Qualitätsansatz dar, der darauf beruht, die Möglichkeiten der Industrie so zu verbessern, dass die Natur- und die Umwelt unterstützende Produkte und Prozesse möglich werden“, erklärt Braungart die Grundidee dieser Kreislaufwirtschaft nach dem Vorbild der Natur. Die funktionierenden Wechselwirkungen zwischen natürlichen Systemen legten nahe, dass die Etablierung von nachhaltigen Systemen der Produktion und des Konsums keine Frage der Reduzierung der Größe unseres ökologischen Fußabdrucks sei.

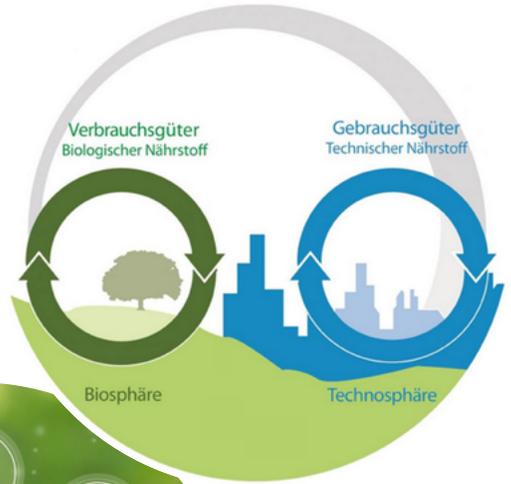
Die Herausforderung sei vielmehr, wie dieser Fußabdruck als nie versiegender, unterstützende Quelle für natürliche Systeme errichtet werden könne.

Cradle-to-Cradle geht dabei auch über unser heutiges Verständnis bloßen Recyclings hinaus. „Anders als beim Recycling verlieren die Rohstoffe bei C2C über die Zeit nicht an Wert (Downcycling), sondern werden im Idealfall sogar hochwertiger“, erklärt Braungart den Unterschied. Mehr noch: Das C2C-Prinzip gilt für alle Bestandteile eines Produkts. Es soll zudem nicht auf bestimmte Produktgruppen beschränkt bleiben. „Es soll bei ausnahmslos allen Wirtschaftsgütern zum Einsatz kommen“, postuliert der Wissenschaftler.

Von biologischen und technischen Nährstoffen

Wirtschaft ohne Abfall: Um dieses Ziel des C2C-Ansatzes zu erreichen, gilt es, geschlossene Kreisläufe zu entwickeln, bei denen alle Güter nach Gebrauch in ihre Einzelteile zerlegt und ohne Qualitätseinbußen für die Produktion neuer Güter verwendet werden können.

Cradle-to-Cradle definiert daher ein System für die Herstellung von Produkten und industriellen Prozessen, das es ermöglicht, Materialien als "Nährstoffe" in geschlossenen Kreisläufen zu halten. Materialien von Produkten, die für biologische Kreisläufe optimiert sind, dienen als biologische Nährstoffe. „Sie können bedenkenlos in die Umwelt gelangen“, sagt Braungart und erinnert an seinen Kirschbaum und dessen millionenfach „verschwendete“ Blütenblätter.



Materialien von Produkten, die für geschlossene technische Kreisläufe konzipiert sind – etwa Metalle und verschiedene Polymere – dienen als technische Nährstoffe. Hier zieht Braungart die klare Grenze: „Diese Materialien sollen nicht in biologische Kreisläufe geraten.“ Sie könnten, weil sie giftig wirken, diesen Naturkreislauf stören. „Wir müssen sie trennen – oder vermeiden.“

Der öko-effektive Ansatz beruht darauf, die Möglichkeiten der Industrie so zu verbessern, dass Natur und Umwelt unterstützende Produkte und Prozesse möglich werden.

Cradle-to-Cradle: Drei Produktgruppen und die passive Positiv-Liste

Cradle-to-Cradle teilt Produkte in drei Kategorien ein: Verbrauchsgüter, Gebrauchsgüter sowie Güter, die nicht mehr zu vermarkten sind.

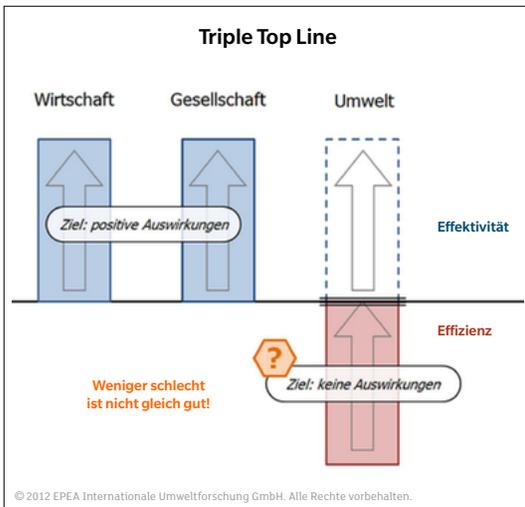
Verbrauchsgüter – etwa Reinigungsmittel oder Shampoos, aber auch Textilien – können aus "biologischen Nährstoffen" gefertigt werden, so dass eine sichere Entsorgung dieser Produkte in die Umwelt je-

Grafik: Prof. Dr. Michael Braungart

Foto: Dee Angelo/shutterstock.com

derzeit gewährleistet ist. Auf einem Komposthaufen zersetzen sie sich zu Humus, also neuen Nährstoffen. Das gelte, schreibt Braungart, auch für die Verpackungen.

Gebrauchsgüter – etwa Autos, Waschmaschinen oder Fernsehgeräte – enthalten "technische Nährstoffe". „Diese Produkte stellen im Grunde genommen nur einen Service für ihre Nutzer bereit und können so hergestellt werden, dass nach Ablauf ihrer Dienstzeit ein Recycling ihrer Bestandteile möglich ist“, weiß Braungart, „genau genommen möchte der Mensch schließlich gar nicht das TV-Gerät mit all seinen Schadstoffen, sondern nur das Fernsehen.“ Diese Denkweise setzt ein grundlegend neues Herangehen an unsere Betrachtung von Produkten voraus.



Produkte sollen aus Materialien bestehen, die nach Gebrauch als Nährstoffe in den Kreislauf einfließen, ohne Schaden anzurichten (Grafik Seite 10). Der Triple Top Line-Ansatz von C2C könnte auf Produktentwicklungen angewandt auch dafür sorgen, dass diese künftig weniger Umweltschäden verursachen.

Güter, die nicht mehr zu vermarkten sind, wie beispielsweise gefährlicher Abfall, stellen also laut der Cradle-to-Cradle-Theorie eine „Gefahr für Gesundheit und Umwelt dar und sollten so rasch wie möglich ersetzt werden.“

Substanzen aus der passiven Positiv-Liste können genutzt werden, da sie keinen Einfluss auf die Umwelt haben. Ziel ist es jedoch, Substanzen zu nutzen, die in der aktiven Positiv-Liste aufgrund ihrer nützlichen Qualitäten zusammengefasst werden, weil diese Substanzen absolut verträglich für die Gesundheit des Menschen und die Umwelt sind. Sie sind nach ihrem

ursprünglichen Gebrauch Nährstoffe für einen weiteren Kreislauf der Natur.

Maximierung des Nutzens statt Reduzierung der Nachteile

Sobald Produkte nach dem öko-effektiven Ansatz optimiert sind und ins Cradle-to-Cradle-System passen, kann die "Triple Top Line" hinzugezogen werden. Sie übernimmt das Konzept der "Triple Bottom Line", ändert jedoch die Sichtweise: Weg von einer "Reduzierung der Nachteile" und hin zu einer "Maximierung des Nutzens". Diese neue Design-Perspektive erzeugt Wachstum, ist Braungart überzeugt: „Produkte, die förderlich für die Natur und Kultur sind und gleichzeitig ökonomischen Wert haben.“

Das Design für die Triple Top Line orientiert sich an den Gesetzen der Natur und zeigt der Industrie Vorgehensweisen auf, um Systeme entwickeln zu können, die auch in Zukunft sicher funktionieren. In intelligent hergestellten Produkten, Prozessen und Produktionsstätten sind Werte und Qualität so enthalten, dass sie erfreuliche anstatt beklagenswerter Spuren hinterlassen.

Prof. Dr. Michael Braungart

Professor für Cradle-to-Cradle und Öko-Effektivität an der Leuphana Universität Lüneburg



Michael Braungart gehört zu den Pionieren der Umweltschutzbewegung. Der promovierte Chemiker lehrt unter anderem als Professor für Eco-Design an der Leuphana Universität in Lüneburg. Er ist wissenschaftlicher Leiter des Hamburger Umweltinstituts e. V. (HUI) und Geschäftsführer der Beratungsfirma BRAUNGART EPEA, die Unternehmen hilft, nachhaltige Produkte zu entwickeln.

Das Buch zum Thema:
Michael Braungart,
William A. McDonough
Intelligente Verschwendung
Softcover, 208 Seiten
Oekom Verlag, München, 2013
ISBN: 978-3-86581-316-9
17,95 €



Mehr Kreislaufwirtschaft wagen!

Manuela Ripa beschreibt den Weg zu mehr Kreislaufwirtschaft in Europa

» von *Manuela Ripa*

Vorab: Meine Partei, die ÖDP, ist eine Partei, die im kommenden Jahr ihren 40. Geburtstag feiert, also in einer Zeit gegründet wurde, in der einst der Gedanke an Nachhaltigkeit erstmals keimte. Von Beginn an fühlen wir uns daher der „Drei-R-Strategie“ verbunden: Reduce – Reuse – Recycle. Das steckt in der DNA unseres Programms.

Deshalb freut es mich, dass das Denken in Kreisläufen zu den Treibern des *European Green Deal* zählt. Um nämlich die Auswirkungen des so genannten Anthropozäns – die Folgen des durch Menschen verursachten Eingriffs auf den Planeten – zu begrenzen, müssen wir in der Tat über Kreisläufe reden und nach diesem Prinzip handeln. Schön wäre es, wenn wir dann das folgende Erdzeitalter nicht mehr „Anthropozän“, sondern „Cyclozän“ taufen würden. Das wäre ein wichtiger Schritt für die Menschheit. Um dorthin zu gelangen, müssen wir der Kreislaufwirtschaft eine bedeutendere Rolle beimessen, als wir das heute tun.

Es wird nicht einfach sein – vor allem, wenn es dabei um die Neuausrichtung von Prozessen und Technologien geht. Wir müssen dazu unser Wirtschaftswachstum von der Ausbeutung fossiler Rohstoffe entkoppeln. Das ist ein langer aber längst überfälliger Weg. Und er liegt noch vor uns.

Bergbau in Naturschutzgebieten verbieten

Darüber hinaus müssen wir uns einer anderen Ausbeutung annehmen und sie in den Griff bekommen: die Gewinnung und Nutzung der so genannten kritischen

Rohstoffe. Als Schattenberichterstatterin für Batterien und Batterierecycling im Industrieausschuss (ITRE) konnte ich mir diese Technologie genauer ansehen. Ein Problem dabei stellt die riesige Nachfrage nach Energiespeichern dar. Sie führt zum enormen Verbrauch von Rohstoffen wie Kobalt, Lithium oder Graphit. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und des dafür zudem benötigten Energienetzes werden etwa viel Kupfer erfordern. Das ist der Kern des Problems:

Schön wäre es, wenn wir das folgende Erdzeitalter nicht mehr „Anthropozän“, sondern „Cyclozän“ taufen könnten.

Diese Mineralien und Rohstoffe haben wir nur in äußerst begrenzter Quantität auf der Erde zur Verfügung. Ihr Abbau zerstört ganze Regionen, die Produktion verschlingt große Mengen Wasser. Das sehen wir zurzeit etwa in Brandenburg, wo der Bau einer Elektro-Autofabrik und eines Batteriewerks einer ganzen Gegend das Trinkwasser abzugraben droht – das darf nicht sein.

Wir müssen weltweit vielmehr darauf achten, dass sensible Regionen und Ökosysteme geschützt bleiben. Aber wir stecken in einem Teufelskreis, denn um der Klimakrise Herr zu werden, fördern wir Technologien, die Natur zerstören und Artenschutz verhindern, statt diese zu erhalten. Das ist für mich ein absolutes No-Go!



Foto: Mohamed-Abdullaheem/shutterstock

Aus diesem Zwiespalt müssen wir entkommen: Weltweit, aber auch mit Blick auf sensible Regionen in Europa, müssen wir dies bei der Gewinnung von Rohstoffen ins Kalkül ziehen und diese Gebiete schützen. Eine sehr naheliegende Möglichkeit ist, verstärkt so genannte *urban mines* zu nutzen und ausgediente Computer oder Handys im Sinne des Materialkreislaufs als „Lagerstätten“ für seltene Materialien zu erschließen. Sie liegen oft ungenutzt in unseren Schubladen. Dafür brauchen wir den Cradle-to-Cradle-Ansatz: Wir dürfen Abfall künftig nicht mehr einfach als gegeben akzeptieren. Wir dürfen uns eigentlich Abfall nicht mehr leisten! Kein Weg darf mehr daran vorbeiführen. Wir müssen auf eine wahrhaft nachhaltige Kreislaufwirtschaft setzen.

Artenschutz und Menschenrechte achten

Nicht zuletzt brauchen wir künftig einen verantwortungsvollen Umgang bezüglich der Beschaffung dieser Rohstoffe und mehr Verantwortlichkeit entlang der Wertschöpfungskette. Das bedeutet strikteren Umweltschutz beim Bergbau. Und mit Blick auf den Handel mit Rohstoffen heißt es, dass Nachhaltigkeit zur Voraussetzung aller Handelsabkommen werden muss – auch für Investments in dieser Branche. Das muss Arbeitnehmerrechte ebenso einschließen wie Umweltzerstörung oder die Minderung von Artenvielfalt.

Kommen wir zu den Recycling-Zielen der Kommission: Ich begrüße diese, aber gleichwohl müssen wir auf Differenzierungen Acht geben und sollten darauf drängen, dass Recyclate oder neue Produkte aus wiederverwertetem Material sowohl nutzbar wie weitestgehend selbst wieder abbaubar sein müssen. Wir brauchen zudem verbesserte Sammelsysteme, mit denen wir genügend wiederverwertbare Waren in den Kreislauf zurückführen können.

Wir brauchen die Neudefinition des Produktdesigns

Dennoch darf die Wiederaufbereitung von Abfall nicht das erste Ziel bleiben. Recycling sollte die letzte aller Möglichkeiten bleiben. Wir sollten künftig – wo möglich – Abfälle ganz vermeiden. Das wird eine Neudefinition vieler unserer Produktdesigns erfordern. Waren müssen dauerhafter, reparierbar und nachbesserbar werden. Wir brauchen eine Kultur der Müllvermeidung und des Weiterverwendens.

Derzeit gibt es in Europa nur verbindliche Vorgaben fürs Recycling und nicht für die Prävention oder Weiterverwendung. Obwohl es Sinn macht, Recycling weiter zu verbessern, bleibt es doch nur die letzte Phase im Produktzyklus. Das muss die EU-Gesetzgebung künftig berücksichtigen. EU-Regelungen müs-



Foto: kleiner Song about summer/shutterstock

sen in Zukunft geplante Obsoleszenz verhindern, ein besseres Produktdesign vorsehen und ein Recht auf Reparatur von Produkten vorschreiben – inklusive des Anspruchs der Verbraucherinnen und Verbraucher, vor giftigen Materialien geschützt zu werden.

Laut einer Studie der *International Energy Agency* vergrößert sich unser Bedarf an Rohstoffen im Zuge der Energiewende kontinuierlich. Demnach wird er sich selbst auf dem Entwicklungspfad via Nachhaltigkeit vervierfachen. Wenn wir bis 2040 ein Null-Emissionsszenario anstreben und bis dahin über keine neuartigen Technologien verfügen, diesen Verbrauch einzudämmen, steigert er sich sogar um den Faktor sechs. Das wäre das Szenario, wenn wir keine signifikanten weiteren technologischen Fortschritte machen und alles eins zu eins ersetzen, zum Beispiel jedes Auto mit Verbrennungsmotor durch einen Elektromotorantrieb. Und uns allen muss klar sein, dass das definitiv nicht die Lösung sein kann.

Finden wir aus dieser Zwickmühle noch den Ausweg? Ich bin mir ganz sicher: Ja! Wir müssen dafür nur strikt und soweit es geht auf nicht kreislauffähige Produkte und Materialien verzichten und stattdessen kreislauffähige Materialien und Produkte in geschlossenen Systemen nutzen und diese immer wieder weiterverwenden. So kann die EU zum Vorbild der Kreislaufwirtschaft avancieren und sogar weltweit zum Pionier der Nachhaltigkeit aufsteigen, der diese Stoffkreisläufe garantiert und absichert. Europa kann den Beweis antreten, dass Materialeffektivität den CO₂-Ausstoß durch die Kombination von neuen Materialien und neuartigen Verarbeitungsprozessen verringert: mit weniger Rohstoffverlusten, verlängerten Lebens- und Gebrauchszeiträumen sowie intensiverer Weiter- und Wiederverwertung.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Politiker, NGO, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten. Darin dürfen wir nicht nachlassen. Im Gegenteil: Wir müssen noch rascher voranschreiten!

Kompass

für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Entscheidungen

Die Professorin Michèle Friend entwickelte ein Instrument zur Abschätzung der Wirkung gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Entscheidungen. Im Gespräch gibt Michèle Friend Manuela Ripa einen ersten Einblick in ihren Kompass und erläutert ihre Motivation.

Viele Regionen stehen vor notwendigen Veränderungen oder sogar einem Strukturwandel. Diesen Wandel zu gestalten und die dafür notwendigen Entscheidungen zu treffen, stellt aufgrund der Komplexität viele Entscheidungsträger vor große Herausforderungen. Die kanadische Wissenschaftlerin Prof. Dr. Michèle Friend hat mit dem *Institutional Compass* ein Instrument entwickelt, das den Regionen bei diesem Wandel helfen soll. Um mehr über das Konzept und über eine mögliche Anwendbarkeit dieses Kompasses auf ehemalige Kohleregionen wie das Saarland zu erfahren, hat sich Manuela Ripa mit der Wissenschaftlerin getroffen.

Erzählen Sie uns doch ein wenig über sich und woran Sie zurzeit arbeiten?

Michèle Friend: Ich bin in Kanada geboren und aufgewachsen, habe dort an der *University of St. Andrews* meinen Doktor in Logik und Metaphysik erworben. Danach habe ich mich auf Umwelt-Philosophie spezialisiert und einen permanenten Lehrstuhl an der *George Washington University* erhalten. Seit drei Jahren arbeite ich zudem als Forscherin am *Unité de Catalyse et de la Chimie du Solide (UCCS)* der *Université de Lille*, wo ich aktuell meinen *Compass* für die Herstellung von Biosprit und Bioplastik anwende. Gemeinsam mit verschiedenen Interessenvertretungen aus Umweltschutz, Industrie, Wissenschaft und der indigenen Bevölkerung, koordiniere ich mithilfe meines Konzeptes außerdem die Renaturierung des Santiago River in Mexiko.

Warum denken Sie, dass wir unsere Wirtschaft neu organisieren müssen?

Ich denke nicht, dass sie reorganisiert werden muss. Sie sollte vielmehr einem ganz anderen Konzept folgen.

Und das wäre welches?

Wir sollten zwei Dinge überdenken: das Bruttoinlandsprodukt (BIP) – oder eher das, was es zu messen vorgibt – und den Faktor Zeit.

Zuerst zum BIP: Nach neoliberaler Lesart misst das BIP das Wohlbefinden der Gesellschaft.

Bis vor kurzem war das BIP tatsächlich noch eine brauchbare Maßzahl. In Ländern mit einem Einkommen von 10.000 bis 15.000 Dollar funktioniert das BIP als Richtschnur, in reicheren Ländern aber nicht mehr. Es trotzdem als einzigen Richtwert zur Wohlstandsmessung zu nutzen, ist daher falsch. Eine alleinige

Neoklassisches Wirtschaftsdenken ist ungeeignet, mittelfristige Gesellschaftsprobleme wie Migration oder auch Pandemien anzugehen und kann für langfristige Umweltprobleme wie die Klima- und Artenschutz-Krise keine Lösung finden.

Orientierung am BIP führt z.B. dazu, dass Umweltschäden nicht ausreichend Beachtung finden und der Fokus allein auf Profit liegt.

Und der zweite Faktor, Zeit: Worauf gilt es hier zu achten?

Im wirtschaftlichen Kontext messen wir Zeit kurz, im sozialen Kontext messen wir sie mittelfristig und im ökologischen langfristig: Lösungen für soziale Ungleichheit oder Umweltbelastungen zu entwickeln dauert. Marktorientierte Lösungen dagegen sind einfach zu finden. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Steigt der Preis, macht es wirtschaftlich Sinn nach einer Lösung für ein Problem zu suchen.

Worin liegt dann das Problem?

Rein ökonomisches Denken bietet uns Lösungen, die für Mensch und Umwelt schädlich sein können. Neoklassisches Wirtschaftsdenken ist zudem ungeeignet, mittelfristige Gesellschaftsprobleme wie Migration oder auch Pandemien anzugehen und kann für langfristige Umweltprobleme wie die Klima- und Artenschutz-Krise keine Lösung finden. Wir haben allzu lange „auf Pump“ gelebt. Nun holen uns die Probleme ein. Deshalb müssen wir die unterschiedlichen Zeithorizonte in unser ökonomisches Denken einbinden, wenn wir Lösungen finden wollen.

Prof. Dr. Michèle Friend

Außerordentliche
Professorin für Philosophie
der Mathematik, der Logik,
der Ökologie und der Informatik



Foto: George Washington University

Wie kann das gehen?

Ich denke, wir brauchen eine neue Leitlinie: Mein *Institutional Compass* zeigt die Komplexität, der wir uns stellen müssen. Statt uns weiter auf einen Wert wie das BIP zu verlassen, sollten zusätzliche und raffiniertere Indikatoren miteinbezogen werden.

Das klingt kompliziert...

Absolut – aber es ist machbar.

Was brachte Sie auf die Idee des *Institutional Compass*?

Mir wurde bewusst, dass politische Entscheidungen in komplexen Situationen und oft in Unsicherheit getroffen werden. Deshalb brauchen Entscheider ein vieldimensionales Tool. Es muss sowohl individuell auslegbar und umfassend sein als auch sich auf solide Fakten stützen. Es muss demokratisch legitimiert, inklusiv und einfach darzustellen sein. Nur dann kann Politik gut kommunizieren. Als Lösung habe ich das Tool des *Institutional Compass* entwickelt.

Wie funktioniert es?

Nehmen wir an, Sie sind Regionalpolitikerin. Lassen Sie uns einen Kompass entwickeln, der ein Ziel vorgibt, in dessen Richtung sich die Region bewegen soll. Ein Pfeil gibt an, wo wir stehen und wohin wir uns bewegen. Erreichen wir das Ziel, ist alles okay und wir können uns beruhigt zurücklehnen. Bedingungen können sich aber ändern – und zwar sowohl in der Region als

auch außerhalb – in der Gesellschaft, der Wirtschaft oder der Umwelt. Das beeinträchtigt dann die Zielerreichung. Wir müssen wachsam sein: Bewegt sich der Pfeil weg vom Ziel, müssen wir korrigieren. Liegt die Kompassanzeige außerhalb des Ziels, schauen wir die Daten an, was den Pfeil ablenkt und was ihn in die gewünschte Richtung zieht und entwickeln Maßnahmen, um ihn dorthin zu lenken. Dazu können wir die Daten nutzen, die wir zuvor erhoben haben.

Woher stammen diese Daten für die Richtungs-Koordinaten?

Sie stützen sich auf die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Sie berücksichtigen dabei zudem unterschiedliche Zeitverläufe oder Werte. Wir haben für den *Institutional Compass* jeden Datenpunkt einzeln berechnet. Mithilfe mathematischer Modelle bestimmen wir daraus ein Ergebnis des *Compass*, den wir jeweils als einen Pfeil bildlich darstellen.

Und was können diese Pfeile und Daten uns erklären?

Einmal entworfen, dient der *Institutional Compass* zur Projektion zukünftiger Entwicklungen. Er zeigt die Auswirkungen politischer Entscheidungen inklusive der Wechselwirkungen. Damit können wir die Auswirkung verschiedener Entscheidungen simulieren und erkennen, welche am besten wirken. Wir können sehen, ob ein Entwicklungspfad zu langsam oder zu schnell für die Betroffenen ist. Daher ist der *Compass* das ideale Instrument.

Mit welchem Schritt kann solch eine Transformation beginnen?

Ein regionaler *Compass* könnte sehr demokratisch gestaltet werden. Das gewünschte Ziel zu identifizieren, ist ein Kulturprozess und hängt von den jeweiligen Umständen ab. Für Umwelt- und Wirtschaftsziele haben wir inzwischen gut standardisierte Verfahren. Gesellschaftliche Faktoren jedoch können nur schwer kategorisiert werden. Deshalb müssen die Daten und ihre Wirkung jeweils in Debatten erarbeitet werden. Dabei legen wir fest, was umsetzbar und was wichtig ist und in welchem Zeitrahmen dies erfolgen soll und kann. Das Ergebnis halten wir auf einer interaktiven Karte fest. Der Prozess erfordert Zeit – wichtig aber ist, dass man ihn startet.

Wie stellen Sie sicher, auch gesellschaftliche und Umweltaspekte zu berücksichtigen?

Ökologische und soziale Aspekte müssen Sie mit dem *Compass* nicht extra berücksichtigen, sie sind implizit. Wenn es dennoch erforderlich erscheint, kann das bei der Gewichtung der Indikatoren einfließen. Und bedenken Sie: Das Ziel im *Compass* ist eher philosophisch zu verstehen. Er stellt ein Streben nach Einheit dar, ist also kein Fragment.

Voksinitiative gegen Flächenfraß

Die Volksinitiative will im Saarland gegen die Versiegelung der Landschaft einschreiten. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen will die ÖDP den Landtag zwingen, sich des Problems anzunehmen.

» von *Manuela Ripa*

Die ÖDP bleibt ihrer Linie als Partei der direkten Demokratie treu: Gleich neun Initiativen und Vereine im Saarland haben genug und wollen ihre Heimat schützen, indem sie endlich dem Flächenfraß im Bundesland entgegenwirken. Die Aktiven fordern deshalb die im Saarbrücker Landtag sitzenden Politikerinnen und Politiker auf, die „verheerenden ökologischen, städtebaulichen, sozialen und ökonomischen Folgen der Versiegelung der Landschaft“ zum Thema zu machen und Lösungen für das drängende Problem nicht nur zu diskutieren, sondern dringend auch zu beschließen. Von Anbeginn mit dabei ist auch die ÖDP.

Das überzeugende Argument der Saar-Aktiven: „Bestehende Ökosysteme und Biodiversität leiden massiv: Der Wasserhaushalt wird gestört, Kalt- oder Warmluftflüsse verschlechtern sich, die Gefahr von Schäden durch Überschwemmungen sowie die Bedrohung der Lebensgemeinschaften in unseren Bächen und Flüssen durch extremes Niedrigwasser nehmen zu.“ Viele Bürgerinnen und Bürger sind über die Zunahme der Versiegelung besorgt, zumal das Saarland direkt nach Nordrhein-Westfalen das Bundesflächenland mit der

am meisten versiegelten Fläche ist. Um mehr Aufmerksamkeit auf dieses Problem zu lenken, gründeten verschiedene Bürgerinitiativen gemeinsam mit der ÖDP Saar die Volksinitiative gegen den Flächenfraß (VIF).

ÖDP als Partei der direkten Demokratie

„Bürgerinnen und Bürger sollten sich an der VIF beteiligen, um Einfluss zu nehmen“, sagt Manuela Ripa. Die EU-Abgeordnete setzt auf plebiszitären Druck: „Als direktdemokratisches Mittel können Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift den zuständigen Landtag

Unterschriften gegen den Flächenfraß

Der Start der Unterschriftensammlung im September ist sehr gut angelaufen. Nun hoffen die in den verschiedenen Verbänden Aktiven, dass sich ausreichend Bürgerinnen und Bürger über 16 Jahre finden, die im Saarland gemeldet sind und sich für den Zustand der Böden engagieren.

Die Unterschriften kann man direkt in das Formular eintragen – zu finden im Internet unter www.vif-saar.de/downloads.html – und ins Bürgerbüro von Manuela Ripa (Mainzer Straße 110 in 66121 Saarbrücken) senden oder sie gerne vorbeibringen.



Mit Demonstrationen macht die VIF auf ihr Thema aufmerksam

dazu bewegen, sich mit den Forderungen der Volksinitiative als Gegenstand der politischen Willensbildung im Plenum zu befassen.“

Diese direkte Form der demokratischen Mitsprache macht möglich, dass Bürgerinnen und Bürger ihnen wichtige Anliegen an die etablierte Politik herantragen. Die VIF macht ganz konkrete Vorschläge, wie der grassierenden Bodenversiegelung mit ihren katastrophalen Folgen Einhalt geboten werden kann – und hofft, dass bis Februar 2022 die 5.000 Unterschriften von Saarländerinnen und Saarländern zusammenkommen. Dann muss der Landtag über die VIF-Anliegen debattieren.



Foto: VIF Saar

Manuela Ripa unterstützt die Volksinitiative gegen Flächenfraß (VIF) vor Ort aktiv.

Auch Umweltverbände gegen zu viel Flächenversiegelung

Das Thema ist Manuela Ripa wichtig. Bereits in der ersten Ausgabe von *Ökologie & Europa* hatte sie es angesprochen. Ihre Argumente unterstützten dabei auch Vertreter großer Umwelt- und Naturschutzverbände wie des *WWF-Deutschland* oder der *Deutschen Umwelthilfe (DUH)*. Christoph Heinrich vom Vorstand des *WWF* forderte dabei eine europäische Bodenrahmenrichtlinie, die den Boden und das Leben darin schützen helfen könne. Peer Cyriacks von der *DUH* forderte vor allem auch einen pfleglichen Umgang mit der Ressource Boden, damit Humus erhalten werde.



Foto: VIF Saar

Natur braucht Lebensraum!

Forderungen der saarländischen VIF

Um den Flächenfraß im Saarland zu stoppen, will die VIF im Landtag eine Debatte über ihre konkreten Forderungen anstoßen.

1. Ein landesweit einheitliches Erfassungssystem von Industrie- und/oder Gewerbebrachen, Baulücken und Leerstände in einem Leerstands-Kataster.
2. Die Verpflichtung zur vorrangigen Nutzung von brachliegenden Siedlungsgebieten, Gewerbe- und Verkehrsflächen bei Neubauvorhaben.
3. Im Falle von dringend gebotener Inanspruchnahme von neuen Flächen sind flächensparende Planung und Bebauung der Vorrang einzuräumen sowie Maßnahmen zur Milderung und echte Ausgleichsmaßnahmen zu treffen. Der Eingriff in den Wasserhaushalt ist zu minimieren und vorrangig vor Ort auszugleichen.
4. Einführung einer Obergrenze des Flächenverbrauchs für Siedlung und Verkehr im Saarland.
5. Netto-Null-Flächenneuanspruchnahme für Siedlung und Verkehr im Saarland bis 2030 erreichen.

Wir stehen hinter diesem Projekt und geben uns alle Mühe, gegen die fortschreitende Versiegelung von wertvollen Böden anzukämpfen:



Wie die EU Mitsprache ermöglicht

Auf diesen Wegen können Bürgerinnen und Bürger auf EU-Politik Einfluss nehmen:

Wählen (passives Wahlrecht)

EU-Bürgerinnen und -Bürger können für das Europäische Parlament kandidieren. Als gewähltes Mitglied des EU-Parlaments kann EU-Politik aktiv gestaltet werden.

Wählen (aktives Wahlrecht)

EU-Bürgerinnen und -Bürger können bei der EU-Wahl ihre Stimme abgeben. So können sie die Parteien oder Personen wählen, die ihre Sichtweise vertreten.

Kontakt zu den Mitgliedern des EU-Parlaments

Direkter Kontakt zu Abgeordneten kann per Mail, telefonisch oder in einem persönlichen Treffen und Gespräch erfolgen, bei dem die Bürgerin oder der Bürger ein Anliegen erläutert.

EU Bürgerinitiative (EBI) initiieren

Eine EBI kann die EU-Kommission auffordern, ein bestimmtes Thema zu behandeln. Hierzu sind EU-weit 1 Million Unterstützende notwendig. Um eine EBI zu starten, müssen sieben EU-Bürgerinnen und -Bürger in sieben EU-Ländern eine Organisatorengruppe bilden. Erfolg hatte etwa „Save Bees and Farmers“. Infos auch unter: https://europa.eu/citizens-initiative/_de

Petitionen an das EU-Parlament initiieren

Gemäß Artikel 227 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union können die Bürgerinnen und Bürger jederzeit allein oder zusammen mit anderen eine Petition über das Portal (<https://www.europarl.europa.eu/petitions/de/home>) an das EU-Parlament richten.

Beschwerden an EU-Bürgerbeauftragte richten

Der oder die europäische Bürgerbeauftragte kann wegen Beschwerden zur Verwaltungstätigkeit der EU-Organe, EU-Einrichtungen und sonstigen Stellen kontaktiert werden. Dies ist online unter <https://www.ombudsman.europa.eu/de/home> möglich.

Beschwerden an die EU-Kommission richten

Verstößt ein EU-Land gegen EU-Recht, können sich Bürgerinnen und Bürger an die EU-Kommission wen-

den. Bei Privatpersonen und privaten Stellen muss der Fall auf nationaler Ebene gelöst werden. Informationen unter: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say_de

Anregungen über die Plattform Fit for Future

EU-Bürgerinnen und -Bürger können Vorschläge über die Internetplattform (<https://bit.ly/3rl94UE>) an Experten senden, die die Kommission beraten. So soll die Kommission Bürokratieabbau oder Kostenersparnis besser umsetzen.

Mitreden bei der Zukunftskonferenz

Bei der Konferenz zur Zukunft Europas können Bürgerinnen und Bürger über eine mehrsprachige Onlineplattform (<https://futureu.europa.eu/?locale=de>) ihre Ideen austauschen und so die Zukunft mitgestalten.

Meinung der Bürgerinnen und Bürger zählt

Über die Plattform „Have your say“ (https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say_de) können sich alle EU-Bürgerinnen und -Bürger zu neuen oder auch zu schon geltenden EU-Strategien und Rechtsvorschriften äußern.

Kontakt Manuela Ripa MdEP



Brüssel

Parlement européen
Bât. ALTIERO SPINELLI
09G354, 60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel
Tel.: 0032 2 28 45739, Fax: 0032 2 28 49739

Straßburg

Parlement européen
Bât. WINSTON CHURCHILL
M01045, 1, avenue du Président
Robert Schuman
CS 91024 F-67070 Strasbourg Cedex
Tel.: 0033 3 88 1 75739, Fax: 0033 3 88 1 79739

manuela.ripa@ep.europa.eu

Impressum

Inhalt und Redaktion:

Manuela Ripa, Gerd Pfitzenmaier

Büro: EuropaBürgerbüro, Mainzer Straße 110,

66121 Saarbrücken, Tel.: 0681/590 998 31,

E-Mail: europabuero@manuela-ripa.eu

Layout: Heike Brückner,

Grafikstudio Art und Weise, Regensburg

Druck: Druckerei Schmid und Rotaplan, Regensburg.

Der Druck erfolgte auf 100 % Recyclingpapier.



Die vorliegende Veröffentlichung wurde mit Geldern des Europäischen Parlaments unterstützt. Die Haftung für die Inhalte liegt allein bei den Autoren. Das Europäische Parlament haftet nicht für eine etwaige Weiterverwendung der darin enthaltenen Informationen.